

Aber ich bin in dieser Beziehung, die ja auch schon in der Begründung des Dekrets erwähnt worden ist, in Grimmitzschau belehrt worden, daß es nicht möglich gewesen ist, wenn wirklich ein weiterer Polizeischutz erforderlich war, diesen mit der vorhandenen Polizei zu gewähren, und daß auch eine genügende Vermehrung der Schutzmannschaft bei der Kürze der Zeit nicht beschafft werden konnte. Dazu kommt — ich kann mich hier auf das Dekret beziehen —, daß das Streitgebiet weit über das Weichbild der Stadt hinaus in das Gebiet der Amtshauptmannschaft hineinragt. Es sind also meine Selbstverwaltungsbedenken vollständig beseitigt worden.

In der Sache selbst nehmen die Arbeitgeber im wesentlichen den Standpunkt ein, der uns durch die Denkschrift, die in unseren Händen ist, bekannt ist, und der Standpunkt der Behörden ist durch die Darlegung des Herrn Staatsministers in der Zweiten Kammer hinreichend dargetan. Ich brauche das hier nicht noch einmal auszuführen, brauche nicht auf die Anzeigen, die eingegangen sind, die Zusammenrottungen, die vorgekommen sind, die Belästigungen der Arbeitswilligen einzugehen. Es interessiert vielleicht mehr — und das war mein Hauptzweck — zu hören, was mir die ausgesperrten Arbeiter durch ihre Vertreter zu diesen Maßregeln erklärt haben. Ich darf wohl diese Erklärungen, soweit ich sie mir notiert habe, verlesen. Ich habe sie mir lediglich im Gespräche aufgezeichnet, aber es ist doch sicherer, wenn ich sie hier nach meinen schriftlichen Notizen vortrage. Die Arbeiter sagen, daß erst durch die Heranziehung der Gendarmerie Unruhe in die Bewegung gekommen sei, die bisher auch nach dem Zeugnis der Behörden ruhig verlaufen sei. Nicht, wie die Arbeitgeber sagen, die befürchtete Ankunft von Arbeitswilligen habe die Ausgesperrten zunächst an die Bahn getrieben, sondern nach Ankunft der Gendarmerie sei eine gewisse Reugier in die Bevölkerung gekommen. Man habe sehen wollen, was es auf dem Bahnhofe eigentlich gebe, und deshalb seien viele dahin gelaufen; wenn es wirklich zu Unruhen gekommen sei, so sei noch nicht erwiesen, daß die Ausgesperrten die Unruhestifter und Ordnungstörer gewesen seien. Es sei auch noch von anderen Leuten geschrien und gelärmt worden, auch seien die Ausgesperrten von den Polizeibeamten gestoßen und „geschubbt“ worden. Nur die Entfernung der Gendarmerie werde wieder Ruhe bringen. Die Ausgesperrten hätten sich darauf beschränkt, ruhige und sachliche Aufklärungen den fremden Arbeitswilligen zu geben, die die Verhältnisse vielfach nicht gekannt hätten, und dazu seien sie nach der Gewerbeordnung berechtigt.

Meine Herren! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, diese Äußerungen Ihnen hier vorzulegen, damit uns nicht der Vorwurf gemacht wird, daß wir urteilen und Entschlüsse fassen, ehe wir die andere Seite gehört haben. Ich muß allerdings gestehen, in der Ansicht, daß man nur ruhige und gütliche Aufklärungen versucht habe, bin ich doch in Grimmitzschau selbst etwas wankend geworden, als man mir noch vor meiner Abreise ein Flugblatt vorlegte, in dem stand: „Werdet keine Arbeitswilligen, keine ehrlosen Wichte!“ Das scheint mir über ein gütliches Zureden hinauszugehen, wenn es sich auch im Eifer des Kampfes vielleicht erklären läßt. Dem sei nun, wie ihm wolle, selbst wenn die Darstellung der Ausgesperrten richtig ist, für die von uns hier zur Entscheidung zu bringende Frage kann sie von wesentlichem Einflusse doch nicht sein. Denn soviel steht fest: es sind erhebliche Unruhen vorgekommen. Die Behörde darf nicht warten, bis sich die Leute an den Kragen gehen und sich die Köpfe zerschlagen. Also eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, die zur Heranziehung eines größeren Aufgebots von Polizeimannschaften drängt, ist zweifellos nachgewiesen; das ist meine volle Überzeugung.

Deshalb können wir auch ohne weiteres Bedenken dem Votum unserer Deputation und dem Beschlusse der Zweiten Kammer beitreten. Selbstverständlich ist dabei, daß in dem weiteren Verlaufe des eigentlichen Streits die Königl. Staatsregierung und ihre Organe und Behörden volle Unparteilichkeit beobachten, wie das ja auch von allen Parteien des jenseitigen hohen Hauses gewünscht und von der Königl. Staatsregierung erklärt worden ist. Ich gebe ja zu — und ich spreche da aus eigener Erfahrung —, das ist außerordentlich schwer, und es ist namentlich schwer, es beiden Parteien recht zu machen. Es wird bei einer Maßregel der Behörde in so aufgeregten Zeiten immer der Vorwurf von der einen Partei erhoben werden, wenn man ihren Wünschen nicht völlig entspricht, man stehe auf der Seite der anderen Partei. Aber ich glaube doch, man wird auch dem viel angegriffenen Bürgermeister von Grimmitzschau — und das sei der Schluß meiner Ausführungen! — das Zeugnis nicht versagen können, daß er bisher mit Erfolg bemüht gewesen ist, volle Objektivität zu wahren. Der Herr Staatsminister hat ja in überaus dankenswerter Weise bereits in der Zweiten Kammer die Angriffe zurückgewiesen, die nicht bloß von sozialdemokratischer, sondern auch von nationaler Seite gegen diesen Beamten gerichtet worden sind. Ich kann, wie gesagt, nur meine Überzeugung wiederholen, daß die Angriffe viel zu weit gehen, und zum Beweise